

„CETA ante portas!“

Kann das Freihandelsabkommen auch ohne Zustimmung der einzelnen EU-Mitglieder vorläufig angewendet werden?

Während sich alle Welt auf das Abkommen TTIP konzentriert, hat sich innerhalb des letzten halben Jahres das CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada als fertig zur Ratifizierung vorgestellt. Dabei gilt der Grundsatz, dass nach der Ratifizierung von CETA, das Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA nicht mehr aufzuhalten sein könnte. Es gilt, das Projekt CETA zu stoppen, bevor es weiteres Unheil anrichten könnte. Nun geistert in den veröffentlichten Dokumenten und Zeitungsberichten das Unwort „vorläufige Anwendung“ durch die Medienlandschaft. Was hat es damit nun auf sich? Mit dem Begriff „Vorläufige Anwendung“ ist gemeint, dass der Europäische Rat noch vor dem Beschluss der einzelnen nationalen Parlamente den Vertrag CETA in Kraft setzen kann. Die Frage, ob das rechtens ist, wird zwischen der EU-Kommission und dem EU-Parlament höchst unterschiedlich bewertet. Während die Kommission der Meinung ist, dass nicht alle Teile des Vertrages zustimmungspflichtig durch die nationalen Parlamente sei, hält es ein Teil des europäischen Parlaments dagegen für richtig, dass die nationalen Parlamente allen Punkten des Freihandelsvertrages CETA zustimmen müssen. Diese Diskrepanz lässt im Moment alle Befürworter und Gegner innehalten, bis Ende September ein richterlicher Beschluss des Eu-

ropäischen Gerichtshofes zu dem Sachverhalt vorliegt. Doch auch dann ist längst nicht alles geklärt. Wenn es Teile von CETA gibt, denen die nationalen Parlamente zustimmen müssen, während andere Teile des Vertrages nicht zustimmungspflichtig sind, so handelt es sich um einen sogenannten „gemischten Vertrag“. Das könnte dann dazu führen, dass die EU-Kommission die zustimmungsfreien Paragraphen in Kraft setzen könnte, ohne die einzelnen nationalen Parlamente zu fragen. Was das für Folgen hätte, ist bis heute nicht abschätzbar. Zum einen halten Juristen in Brüssel den größeren Teil von CETA für nicht zustimmungspflichtig, weil er nur die Belange der EU als Organisation beträfe. Der Haken dabei ist sicherlich die Frage, ob die Schiedsgerichte nur die EU selbst betreffen und nicht die Angelegenheit der einzelnen EU-Staaten sei. Dann hätten wir den folgenden Fakt: obwohl Schiedsgerichte sehr wohl in die nationale Souveränität der einzelnen EU-Staaten eingreifen würden, wäre dieser Teil dann durch Bundestag und Bundesrat nicht zustimmungspflichtig. Dann könnte Deutschland durch die Schiedsgerichte verklagt werden. Das wäre allerdings eine große Katastrophe für die Demokratien. Erst nachdem einige der EU Länder dem Vertrag nicht zustimmen würden, erst dann würde die vorläufige Anwendung wieder außer

Kraft gesetzt werden. Da nicht genau bekannt ist, wie lange dieser Vorgang dauern würde, könnte es mehrere Jahre dauern bis alles wieder auf Anfang stünde. Die vorläufige Inkraftsetzung hätte aber noch eine weitere verheerende Folge: viele Politiker könnten zu der irrigen Annahme kommen, dass an dem bestehenden Vertrag nichts mehr zu ändern sein könnte, das heißt, er könne nicht mehr außer Kraft gesetzt werden. Und das wäre eine Kapitulation vor den Gesetzen des Marktes. - imgo -



Wenn CETA kommt, steht das Schicksal unserer Demokratien in den Sternen!

CETA und die Milchpreise

Milchquote weg, Milchpreise für die Erzeuger im Keller. Es geht ans Eingemachte.

Die Milchquote wurde 1984 eingeführt. Der Grund dafür war, dass man die angelieferte Milchmenge begrenzen wollte, weil damals zuviel Milch produziert wurde. Der Bauer, der mehr anlieferte, musste mit geringen Strafzahlungen rechnen. Innerhalb der 31 Jahre, die die Milchquote existierte gab es auch erhebliche Preisschwankungen von bis zu 20 Cent pro Kilo Milch für die Erzeuger. Seit Abschaffung der Quote fällt der Preis für die Milcherzeuger

ger rasant, Zur Zeit beträgt er gerade noch 20 Cent. Die Bauern aber benötigen 40 Cent um dauerhaft existieren zu können. Also dann wieder her mit der Milchquote? Weit gefehlt. Sollte CETA in Kraft treten, dann wird noch mehr Milch den EU Markt überschwemmen. Sollte man in Brüssel oder anderswo wieder mit Quoten arbeiten wollen, so widerspräche das dem CETA-Vertrag, da hier ein unzulässiger Protektionismus existieren würde, gegen den Kanada erfolg-

reich vor einem Schiedsgericht klagen könnte. Strafzahlungen der EU-Staaten wären also die Folge. Das bedeutet: her mit den Steuergeldern, um kanadische Bauern zu entschädigen. Also was tun? Das ist nicht so einfach zu beantworten. Jedenfalls sind die 100 Millionen, die zur Unterstützung der notleidenden Milchwirtschaft gedacht sind eine Farce. Wie lange soll denn das reichen? Bis zum nächsten Jahr? Und dann? Nein es muss eine ganz andere Herangehenswei-

se gewählt werden. Wir müssen aufhören mit unserer Politik immer nur die großen Agrarbetriebe zu Lasten der kleinen zu fördern. Zur Zeit heißt das Motto: Masse statt Klasse. Ergebnis: ein ruinöser Preiskampf nicht nur für Milch mit einen erhöhten Sterben kleinerer Höfe. Also weg vom Wahnsinn der Überproduktion, hin zu mehr Qualität. Auch wir Verbraucher müssen wieder lernen, Lebensmittel zu schätzen. Geiz ist eben nicht geil, sondern einfach nur blöd.

Kohlegasbohren oder Fracken - na denn „Gute Nacht“

Jetzt haben wir ein weiteres Problem. Im östlichen Teil des Kreisgebietes, in der Nähe von Ascheberg darf die HammGas nach Kohlegas Probe bohren. Anders als beim Fracking benutzt man bei dieser Methode zwar keine Chemie, die dem Bohrwasser zugeführt wird, allerdings ist das Ergebnis dieser Aktion für das verwendete Wasser auch so schädlich genug. Giftige Bestandteile des Bodens werden mir dem in den Untergrund verpressten Wasser vermischt und können dann mit dem Grundwasser in Kontakt kommen. Folge: Trinkwasser könnte ungenießbar werden. Und dann? Zwar behaupten die Bohrunternehmen, das wäre alles Schwarzmalerie und die Chancen für solch ein Horrorszenario wären ausgesprochen gering, aber nicht auszuschließen.

Für den Norden des Kreisgebietes im Raum Havixbeck existieren ebenfalls große Gefahren für die Umwelt. Im Kreis Steinfurt soll, anders als in Ascheberg/Drensteinfurt per Fracking nach Gas gebohrt werden. Hier nun wird dem Wasser, das zur Gasgewinnung in den Boden gepresst wird, jede Menge schädlicher Chemie beigemischt. Kommt dieses kontaminierte Wasser mit dem Grundwasser in Berührung, dann könnten, wie in Frackinggebieten der USA, demnächst auch bei uns brennbare Gase aus dem Wasserhahn kommen. Ein Streichholz könnte ausreichen, um ein Haus bei einer Verpuffung zu zerstören. Angeblich will die NRW-Politik das alles nicht. Warum erlaubt sie aber Probebohrungen? Ein Schelm der Böses dabei denkt.

Fracking und seine Folgen:

Das durch Fracking gewonnene Erdgas ist klimaschädlich, weil es ein fossiler Energieträger ist.

Während des Frackens können Risse in Gesteinsschichten entstehen. Dadurch können dann umweltschädliche Chemikalien in das Grundwasser kommen. Das ist auch mit einer jahrelangen Verzögerung ist das möglich.

Durch das Bohren könnte im Untergrund befindliches Methanegas entweichen und ebenfalls das Grundwasser vergiften.

Sollte dieses Methanegas an die Oberfläche geraten, so würde es den „Treibhauseffekt“ vergrößern.

Beim Bohren durch Grundwasser führende Schichten könnten Lecks

entstehen, die das Grundwasser ebenfalls vergiften.

Entgegen der Versicherungen der frackenden Energieunternehmen, kann das in den Boden gepresste giftige Wasser nicht wieder vollständig zurückgeholt werden und muss im Boden verbleiben. Die Auswirkungen davon sind nicht vorherzusagen und können auch Jahre später zu Umweltkatastrophen führen.

Durch den Wasserverbrauch beim Kohlegasbohren oder Fracken werden sehr große Mengen von Grundwasser verbraucht, die einer anderen Nutzung als Trinkwasser oder in der Landwirtschaft nicht mehr zur Verfügung stehen.

An der Oberfläche können Undichtigkeiten an den Leitungen, die das Wasser/Chemikalien Gemisch führen, den Boden ringsherum großflächig verseuchen.

In Zeiten einer Entwicklung weg

Hätten Sie es gewusst? Kleine Wirtschaftskunde

Warum sind die Kredite zur Zeit so billig?

Laienhaft gesagt, weil Geld im Überfluss vorhanden ist. Im Rahmen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise haben die Notenbanken die internationalen Märkte mit Geld überflutet, um Staaten und Banken vor der Zahlungsunfähigkeit zu retten. Die Folgen sind klar. Mit der riesigen Menge an zusätzlichem Geld und der gleichzeitigen gesunkenen Nachfrage nach Krediten ist die Situation jetzt so, dass die Banken versuchen auf irgendeine Art und Weise Interessenten für Kapital zu gewinnen, die bereit sind, sich zu verschulden. Denn nur wenn es genügend Nachfrage nach Geld gibt, dann gibt es in unserem Wirtschaftssystem auch wieder mehr Zinsen für die Kapitalanleger. Ohne Schulner keine kapitalertragszinsen für Anleger. Die Marktwirtschaft funktioniert nur, wenn genug Schulden gemacht werden.

Kommentar

von Joachim F. Gogoll

Jodtabletten für die Bevölkerung - ja wie blöd ist das denn?

Also habe ich das richtig verstanden? Es geht um die unsicheren Kernkraftwerke in Belgien. Die

Augenwischerei

grenznahe deutsche Bevölkerung bekommt jetzt Jodtabletten, damit sie sich im Falle eines Atomunfalls z.B. in dem belgischen Kernkraftwerk Tihange gegen Radioaktivität in der Schilddrüse schützen kann. Ja gehts noch? Wie war das noch vor 40 Jahren in unserer Schule? Sollte der damalige Warschauer Pakt die Bundesrepublik mit atomaren Waffen angreifen, dann wurde uns geraten: Schul-

Tihange ist überall

Akentasche auf den Kopf und unter den Tisch hocken, um sich zu schützen. Wenn ich das mit den Jodtabletten höre, dann denke ich immer an die berühmte Tasche auf dem Kopf. Welch ein Unfug! Und im Jahr 2016 kommen jetzt aus Düsseldorf ähnliche zukunftsweisende Ratschläge. Ich kann mich nur an den Kopf fassen. Was hätte solch ein Blödsinn in Tschernobyl oder Fukushima genutzt. Na klar - nichts!!! Trotzdem immer wieder

keine Sicherheit

dieser Versuch, die Bevölkerung in Sicherheit zu wiegen. Als könne man sich gegen die tödliche Strahlung eines GAU (größter anzunehmender Unfall) mit solchen Methoden aus der Mottenkiste schützen. Nein meine Damen und Herren der NRW Regierung. Das einzige Mittel sich zu schützen ist es, dafür zu sorgen, dass man sich endlich aus der Atomkraft verabschiedet, zum Beispiel in dem man mit der belgischen Regierung spricht und ihr beim Erschließen von regenerativer

beschleunigter Ausbau regenerativer Energien

Energiegewinnung hilft. Außerdem sollte die GROKO endlich ihren inhaltenden Widerstand gegen den Ausbau von regenerativer Energiegewinnung aufgeben. Das würde nicht nur Vernunft und Rückgrat zeigen, sondern solch ein Verhalten der Bundesregierung könnte so was wie Kompetenz und Entscheidungskraft zugunsten des Wohls des Volkes zeigen.



Termine

Am **24.6.2016** von 10 bis 12 Uhr Infostand in **Düsseldorf** gegen **TTIP, CETA** und **TiSA**.

Impressum

Herausgeber:

Joachim F. Gogoll für Attac-COE

Redaktionsanschrift

Büro:

Detmolder Straße 9
45896 Gelsenkirchen

E-Mail:

jfgogoll(at)aol.com

Was bedeuten die Kürzel?

CETA = Comprehensive Economic and Trade Agreement

TTIP = Transatlantic Trade and Investment Partnership

TiSA = Trade in Services Agreement

Wer für seine Überzeugungen kämpft, kann verlieren - wer nicht kämpft hat schon verloren!
noch Fragen?

www.attac-coe.de